

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1688

29. November 2018

**Jahresbericht 2017 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“
(Kapitel 1116)
Übersicht über die „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Bezug auf die Vereinbarungen zur Berichterstattung über den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ übersende ich Ihnen in der Anlage 1 den Jahresbericht 2017.

Im Umfeld anhaltend niedriger Zinsen konnte die Finanzierung des Landeshaushalts zu sehr günstigen Zinskonditionen sichergestellt werden. Die Zinsausgaben in 2017 lagen mit gut 490 Mio. € noch einmal fast 100 Mio. € unter denen des Vorjahres. Ergänzend wurde die Strategie der vorzeitigen Zinssicherung der zukünftigen Finanzierungen fortgeführt. Durch die Sicherungsmaßnahmen hat sich das Potenzial starker Zinsausgabensteigerungen in der mittleren bis langen Frist deutlich reduziert und die finanzpolitische Planungssicherheit entsprechend erhöht.

In der Anlage 2 übersende ich eine Übersicht über den Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes per Ende 2017. Die Berichterstattung ist ebenfalls jährlich vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen


Monika Heinold

Anlagen

Jahresbericht 2017

für den Aufgabenbereich:

Kredite, Finanzderivate, Schulden
Kapitel 1116

***Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein***

Referat VI 25

*Kredit- und Zinsmanagement,
Schulden- und Derivatverwaltung*

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassende Kurzdarstellung	I-II
1 Einleitung	1
2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen	1
2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung.....	1
2.2 Ausgangssituation für das Kredit- und Zinsmanagement in 2017.....	3
3 Geschäftsabschlüsse 2017: Volumen und Struktur	4
3.1 Kredite.....	4
3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Kredite.....	4
3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur	5
3.1.3 Kreditarten und Gläubiger	5
3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs.....	6
3.2 Finanzderivate, Strategie der Zinssicherung.....	7
3.2.1 Ermächtigungen Finanzderivate	7
3.2.2 Abschlüsse und Zielsetzungen.....	8
3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen.....	10
3.3 Kosten-Risiko-Struktur der Kredite und Finanzderivate	10
4 Entwicklung der Zinsausgaben, Kennzahlen	11
4.1 Haushalt 2017	11
4.2 Wirtschaftlichkeitsvergleich.....	11
4.3 Entwicklung der Risiken	12
4.3.1 Zinsänderungsrisiken	13
4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten	14
4.3.3 Operationelle Risiken	14
5 Entwicklung der Schuldverpflichtungen	14
5.1 Entwicklung der fundierten Schulden.....	15
5.2 Entwicklung der Kreditmarktschulden	16
5.3 Struktur der Wertpapierschulden	17
5.4 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden	18
5.6 Struktur der Verzinsung	19

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2017	2
Abbildung 2:	Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2017	4
Abbildung 3:	Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten 2017	7
Abbildung 4:	Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate	8
Abbildung 5:	Bestandsentwicklung Derivate in 2017	8
Abbildung 6:	Umsetzung der Zinssicherungsstrategie.....	9
Abbildung 7:	Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2008-2017	9
Abbildung 8:	Vertragsbestand Finanzderivate per Stichtag 31.12.....	10
Abbildung 9:	Wirtschaftlichkeitsvorteil 2017.....	12
Abbildung 10:	Wirtschaftlichkeitsvorteil 2007-2017	12
Abbildung 11:	Veranschlagte Zinsausgaben, Obergrenze für die Schwankungsbreite § 2 (4) HG 2017 (2.NT).....	13
Abbildung 12:	Veränderung der Schuldenstruktur 2017.....	15
Abbildung 13:	Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten.....	15
Abbildung 14:	Entwicklung der Schulden des Länderkernhaushaltes beim nichtöffentlichen Bereich	16
Abbildung 15:	Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung	16
Abbildung 16:	Entwicklung der Kreditmarktschulden 2014-2017.....	17
Abbildung 17:	Struktur der Kreditmarktschulden 2011-2017	17
Abbildung 18:	Entwicklung Wertpapiersschulden 2014-2017.....	18
Abbildung 19:	Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2014-2017	18
Abbildung 20:	Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden per 31.12.2017	18

Zusammenfassende Kurzdarstellung

Wirtschafts- und Zinsentwicklung

In 2017 wuchs die globale Wirtschaft mit 3,8% im Vorjahresvergleich relativ dynamisch (2016: 3,1%). Im Euroraum setzte sich die konjunkturelle Erholung mit einer Steigerungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,3% fort (2016: 1,7%). In Deutschland blieb die wirtschaftliche Situation ebenfalls auf Wachstumskurs mit einer Zunahme des realen BIP von 2,2% (2016: 1,8%).

Die Entwicklung auf dem europäischen Geld- und Kapitalmarkt wurde in 2017 weiterhin durch die expansiven Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmt. Der kurzfristige 6-Monatssatz sank im Jahresverlauf kontinuierlich bis auf -0,27% zum Jahresende und betrug durchschnittlich -0,26% (2016: -0,17%). Der 10-Jahressatz für die Länderfinanzierungen stieg moderat an und lag im Jahresdurchschnitt bei 0,66% (2016: 0,43%).

Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements

Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung und des Liquiditätsbedarfs ist das Kredit- und Zinsmanagement des Landes darauf ausgerichtet, die Folgekosten aus der Kreditaufnahme unter Abwägung der Zinsänderungsrisiken zu optimieren. Für das Land als Dauerschuldner ist dabei die langfristige Perspektive, d.h. ein Zeitraum von mindestens zehn Jahren einschließlich der Finanzplanung, maßgeblich.

Die **Kreditfinanzierungen (Abschlussvolumen 2,71 Mrd. €)** wurden wie folgt umgesetzt:

- Den Finanzierungsschwerpunkt bildeten Wertpapieremissionen mit einem Anteil von 70% (2016: 88%). Der übrige Anteil von 30% entfiel auf Schuldscheindarlehen.
- Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds wurden mit 99% in 2017 fast ausschließlich Finanzierungen mit einer festen Verzinsung begeben (2016: 58%). Der Anteil an variabel verzinslichen Krediten betrug demnach lediglich 1% (2016: 42%).
- Die Durchschnittsrendite der Festzinsdarlehen war mit 0,13% außerordentlich niedrig und lag –trotz des Anstiegs der Kapitalmarktzinsen– leicht unterhalb des Zinstiefs des Vorjahres (2016: 0,19%). Die durchschnittliche Laufzeit betrug 7,3 Jahre (2016: 6,9 Jahre).

Das Finanzministerium setzt bereits seit 1992 zielgerichtet **Finanzderivate** zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und zur Optimierung der Kreditkonditionen ein. In 2017 betrug das **Abschlussvolumen insgesamt 3,3 Mrd. €** (2016: 2,5 Mrd. €). Fast sämtliche Derivate wurden im Zusammenhang mit der Strategie der Zinssicherung abgeschlossen. So dient ein Anteil von rd. 64% (2,1 Mrd. €) der in etwa hälftigen Sicherung der Anschlussfinanzierungen in 2022. Beim übrigen Anteil von rd. 1 Mrd. € handelt es sich um Swaps in variabel, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Finanzierungen zur Unterlegung der in 2017 wirksam werdenden Sicherungen abgeschlossen wurden.

- Die gesetzliche Ermächtigung für den Einsatz von Finanzderivaten ist in § 18 Abs. 6 LHO verankert. Zentraler Aspekt ist der Zeitrahmen von fünf Jahren nach Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres. Der Haushalt 2017 umfasst somit einen Zeithorizont für den Derivateinsatz bis einschließlich 2022. Darüber hinaus ist in der LHO geregelt, dass die Finanzderivate in die nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes vorgegebenen Obergrenzen für die Zinsänderungsrisiken (§ 2 Abs. 4 HG 2017) einzubeziehen sind.
- Mit Bezug auf die haushaltsgesetzlichen Ziele des Derivateinsatzes entfiel auf die Begrenzung von Zinsänderungsrisiken ein Anteil von 43% (1,4 Mrd. €) und dementsprechend 57% auf die Optimierung der Kreditkonditionen (1,9 Mrd. €).

Konsolidierte Betrachtung: Kredit- und Derivatbereich

Eine Beurteilung der Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Verschuldung ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten aussagekräftig. Auf Grundlage der entsprechenden Finanzierungen und der Umsetzung der Zinssicherungsstrategie hat der Derivateinsatz aus Landessicht grundsätzlich eine Erhöhung des Festzinsanteils, eine leichte Verkürzung der Zinsbindung sowie – aufgrund des zeitlichen Vorlaufs – insgesamt eine höhere Verzinsung zur Folge. Mit Bezug auf das Kreditvolumen in 2017 von 2,71 Mrd. € und die in 2017 wirksam werdenden Zinssicherungen aus den Vorjahren über rd. 2 Mrd. € ergeben sich konkret folgende Auswirkungen:

- Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds wurden in 2017 fast ausschließlich Festzinsdarlehen begeben. Der variabel verzinsliche Anteil in Höhe von 8,5% (2016: 0%) wurde durch ergänzende Swaps in variabel erzeugt. Hintergrund für den niedrigen Anteil ist –wie im Vorjahr– das relativ geringe Refinanzierungs- bzw. hohe Sicherungsvolumen.
- Die durchschnittliche Laufzeit der Festzinsdarlehen verkürzte sich von 7,3 auf 5,7 Jahre (2016: 6,4 Jahre). Die entsprechende Durchschnittsrendite erhöhte sich aufgrund des hohen Anteils der Zinssicherungen deutlich auf 1,58% (2016: 0,92%).
- Die haushaltsgesetzlich verankerten Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben und die darin enthaltenen Zinsänderungsrisiken wurden unter Berücksichtigung der Finanzderivate im Haushaltsvollzug in 2017 eingehalten bzw. im Rahmen der Planung und Steuerung der Zinsausgaben in den Folgejahren berücksichtigt.

Entwicklung der Zinsausgaben

Haushalt 2017

In 2017 betragen die haushaltsmäßigen Zinsausgaben 493 Mio. € und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 96 Mio. €. Das Haushalts-Soll (Nachtrag) von 526 Mio. € wurde deutlich um 33 Mio. € unterschritten. In der günstigen Entwicklung kommen die historisch niedrigen Zinsen zum Ausdruck.

Wirtschaftlichkeitsvergleich

Zur Einschätzung der Wirtschaftlichkeit werden die haushaltsmäßigen Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten den Zinsausgaben eines Referenz-Portfolios gegenüber gestellt. Für 2017 errechnete sich ein Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von 42 Mio. €. Diese Größe lag deutlich über der Planzahl von 26 Mio. €. Wesentliche Ursache ist das hohe Volumen kurzlaufender Anleihen über insgesamt 1,5 Mrd. €, die im Niedrigzinsumfeld mit einem entsprechenden Agio (Aufgeld) ausgestattet sind.

Struktur der Gesamtverschuldung

Die konservative Ausrichtung des Kredit- und Zinsmanagements schlägt sich auch in den wesentlichen Kennzahlen zur Gesamtverschuldung per Ende 2017 nieder. Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes blieb mit 5,57 Jahre (2016: 5,56 Jahre) nahezu unverändert. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, erhöhte sich, ohne Berücksichtigung der Sicherungsderivate mit zukünftigem Startzeitpunkt, ebenfalls leicht auf 4,4 Jahre (2016: 4,31 Jahre). Der Anteil der variablen Zinsverpflichtungen am Gesamtbestand aus Krediten und Finanzderivaten reduzierte sich entsprechend auf 16% (2016: 21%). Insgesamt stellt sich die Kosten-Risiko-Struktur der Verzinsung unter Berücksichtigung der geringen Risikotragfähigkeit des Landeshaushaltes in einem ausgewogenen, nachhaltig stabilen Verhältnis dar.

1 Einleitung

Seit 2002 wird der Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Referat VI 25, Kapitel 1116) nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben einschließlich der Kosten- und Leistungsrechnung und des Controllings gesteuert. Die Eckpunkte des Steuerungskonzepts werden in den „Zusätzlichen Erläuterungen“ im Haushaltsplan (Einzelplan 11, Kapitel 1116) dargestellt. Mit dem Finanzausschuss wurde die regelmäßige Berichterstattung in Form eines Jahresberichts vereinbart.

Die Kernelemente des Kredit- und Zinsmanagements sind im Haushaltsgesetz (§ 3 HG) verankert. Zentrale Ziele sind die Gewährleistung der Liquidität im Landeshaushalt durch Finanzierungen am Kapitalmarkt sowie die Optimierung der Zinsbelastungen aus der Verschuldung. Dies bedeutet aus Landessicht, die Zinsausgaben auch mittel- bis langfristig möglichst niedrig und unter Berücksichtigung der entsprechenden Zinsänderungsrisiken stabil zu halten.

Im Rahmen der Steuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten wird das Portfolioverfahren PERZ-SH eingesetzt. Das vom Land in Zusammenarbeit mit externen Partnern entwickelte Verfahren berücksichtigt sowohl wissenschaftliche und kapitalmarkttheoretische Erkenntnisse als auch praxisbezogene Erfordernisse des Landes als Dauerschuldner und wird entsprechend fortlaufend aktualisiert. Das Verfahren wurde in 2016 um das im Finanzministerium mit wissenschaftlicher Unterstützung entwickelte Risikomodul PRO (Portfolio-Risiko-Optimierung) erweitert.

Der Jahresbericht gibt einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten im zurückliegenden Jahr 2017 sowie über die Auswirkungen auf die Folgejahre. Unter Abschnitt 2 werden die wesentlichen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen erläutert. In Abschnitt 3 wird auf das Volumen und die Struktur der abgeschlossenen Kredite und Finanzderivate eingegangen. In Abschnitt 4 finden sich die Erläuterungen zu den Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten sowie zur Verfahrensversion PERZ PRO. Der letzte Abschnitt 5 gibt einen Überblick über die Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung des Landes.

2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen

2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Die Weltwirtschaft entwickelte sich in 2017 trotz geopolitischer und außenwirtschaftlicher Risiken insgesamt sehr solide. Die Auswirkungen des zunehmenden Protektionismus schlugen sich noch nicht in den Zahlen nieder. Die Zinsentwicklung wurde weiterhin von den umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken dominiert.

Wirtschaftsentwicklung 2017

Die globale Wirtschaft wuchs nach einem verhaltenen Start in 2017 zunehmend dynamischer um insgesamt 3,8% (2016: 3,1%). Vor allem die fortgeschrittenen Volkswirtschaften trugen zu dieser positiven Entwicklung bei. Auch in den Schwellenländern belebte sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres wieder.

Im Euroraum setzte sich die konjunkturelle Expansion insgesamt fort. Vor allem das produzierende Gewerbe lieferte wichtige Impulse. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug 2,3% (2016: 1,7%). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelte sich entsprechend positiv. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank im Vergleich zum Vorjahr und betrug 9,1% (2016: 10,0%). Die Verbraucherpreise stiegen im Verlauf des Jahres energiepreisbedingt kräftig an, lagen aber immer noch unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB). Im Durchschnitt lag die Preissteigerungsrate im Euroraum bei 1,5% (2016: 0,25%).

Auch in Deutschland boomte die Konjunktur im fünften Aufschwungsjahr in Folge und führte in einigen Bereichen bereits zu Überhitzungserscheinungen. Insgesamt betrug die Steigerungsrate des realen BIP 2,2% (2016: 1,8%). Sowohl die Auslandsnachfrage mit einer Exportquote von 5,3% (2016: 1,1%) als auch die Binnennachfrage trugen zu der positiven Entwicklung bei. Dementsprechend sank die Arbeitslosenquote erneut und erreichte mit durchschnittlich 5,7% (2016: 6,1%) den geringsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Verbraucherpreise zogen im Jahresverlauf kräftig an. Im Durchschnitt lag die Inflationsrate bei 1,8% (2016: 0,5%).

Zinsentwicklung 2017

Die expansiven Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmten in 2017 weiterhin das Geschehen auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Während der Trend im Geldmarktbereich leicht abwärts gerichtet war, bewegten sich die Zinsen im längerfristigen Kapitalmarktbereich unter moderaten Schwankungen insgesamt leicht aufwärts.

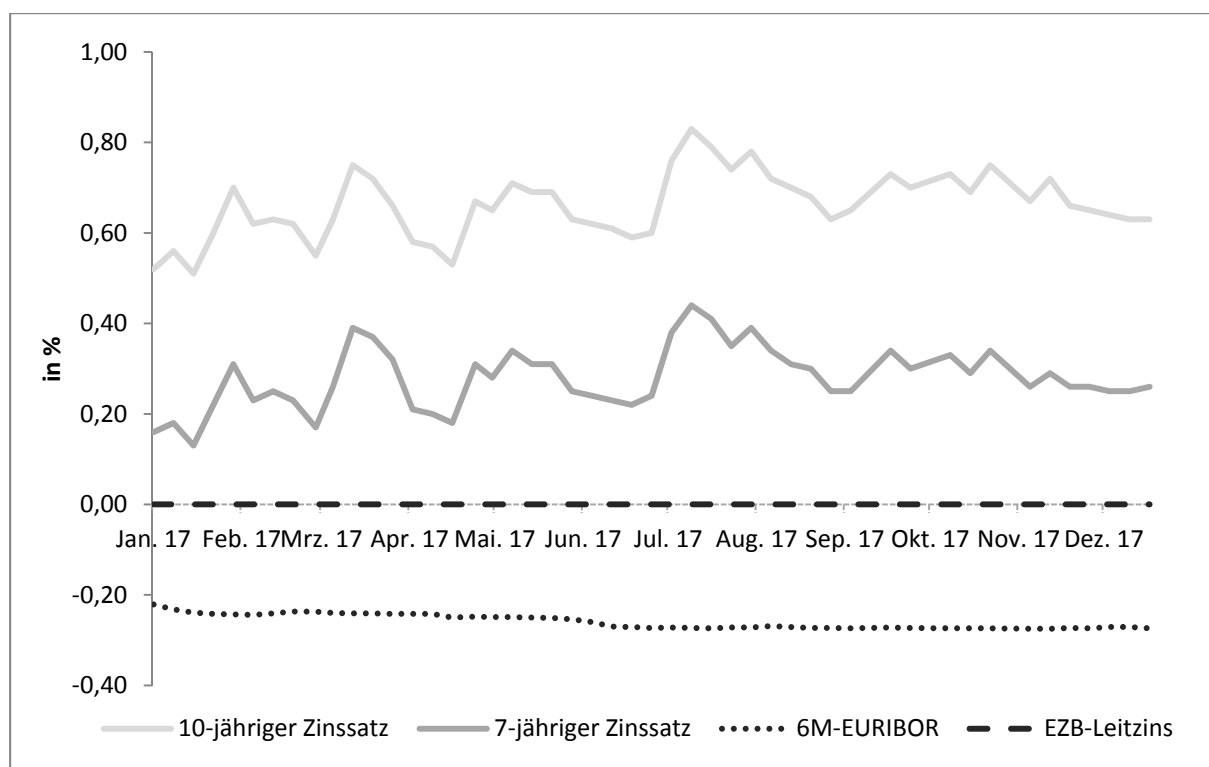


Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2017

Aus der Sicht des Landes stellten sich die Bedingungen der Refinanzierung auf dem **Geld- und Kapitalmarkt** wie folgt dar:

- Die EZB setzte, trotz zunehmender wirtschaftlicher Erholung in Europa, ihre expansive Geldpolitik fort. Der **Leitzins** blieb unverändert bei **0,0%** und auch das Anleihekaufprogramm wurde mit einem monatlichen Volumen von insgesamt 60 Mrd. € weiter fortgeführt.
- Die kurzfristigen Geldmarktzinsen sanken im Jahresverlauf 2017 leicht. Der **6-Monatszinssatz** lag weiterhin deutlich im negativen Bereich und erreichte mit -0,27% zum Jahresende erneut ein historisches Zinstief. Der **Jahresdurchschnitt** lag bei **-0,26%** (2016: -0,17%).
- Der Zinssatz für die **10-jährige Laufzeit** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr moderat und betrug im **Durchschnitt 0,66%** (2016: 0,43%). Die Schwankungen im Jahresverlauf waren -ausgehend von 0,53% zu Jahresbeginn bis 0,63% zum Jahresende– vergleichsweise gering.

- Die **Zinsdifferenz zum Bund** mit Bezug auf die 10-jährige-Laufzeit lag mit **durchschnittlich rd. 30 Basispunkten** im langjährigen Mittel.

Die **Struktur der Zinskurve**, welche die Grundlage für die Optimierung der Zinskosten bildet, stieg im Jahresverlauf kontinuierlich an. Die Differenz zwischen dem langfristigen 10-Jahressatz und dem kurzfristigen 6-Monatssatz weitete sich ausgehend von 81 Basispunkten im Januar bis auf 103 Basispunkte zum Jahresende aus. Mit durchschnittlich 98 Basispunkten (2016: 69 Basispunkte) lag die Kurvensteilheit im langfristigen Mittel.

2.2 Ausgangssituation für das Kredit- und Zinsmanagement in 2017

Eckdaten der Verschuldung

Zentrale Eckpunkte für die Finanzierungsstrategie zu Beginn des Jahres sind der geplante Finanzierungsbedarf, der sich aus dem Gesamthaushalt ergibt, und die Kostenstruktur der bestehenden Kredite und Finanzderivate:

- Der geplante Finanzierungsbedarf bezog sich vollständig auf die Anschlussfinanzierungen und betrug rd. 3 Mrd. €
- Der Kreditbestand über rd. 26,4 Mrd. € enthielt knapp 70% festverzinsliche und gut 30% variabel verzinsliche Darlehen. Unter Berücksichtigung des Derivateinsatzes lag der festverzinsliche Anteil bei 79%.
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes betrug 5,6 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, in die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung einfließt, lag für die Gesamtverschuldung unter Berücksichtigung des Derivateinsatzes (ohne Sicherungsgeschäfte mit zukünftigem Startzeitpunkt) bei 4,3 Jahren.
- Ein zentraler Kosten-Risiko-Aspekt ist, dass zu Beginn des Jahres bereits rd. 70% der Anschlussfinanzierungen der Jahre 2017 bis 2020 sowie 50% des Jahres 2021 durch Zinsderivate gesichert waren.

Zinsszenarien

Für das Kredit- und Zinsmanagement der öffentlichen Hand bilden Annahmen zur zukünftigen Zinsentwicklung eine wesentliche Grundlage. Der Einsatz von alternativen Zinsszenarien auf Grundlage von wissenschaftlich fundierten Verfahren zur Steuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten ist in Schleswig-Holstein im Haushaltsgesetz § 3 Abs. 3 festgeschrieben.

Ausgangsbasis für die im Haushalt und im Finanzplan veranschlagten Zinsausgaben ist das jeweilige sogenannte Kern-Zinsszenario, dem innerhalb des Spektrums möglicher Szenarien die größte Wahrscheinlichkeit beigemessen wird. Das Kern-Zinsszenario basiert auf Annahmen zur Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung. Es wird im Rahmen des regelmäßig im Finanzministerium stattfindenden Eckdatengesprächs mit den volkswirtschaftlichen Vertretern verschiedener Institutionen (Bundesbank, Institut für Weltwirtschaft, HSH Nordbank) erstellt.

Auf Grundlage des Kern-Zinsszenarios des Finanzministeriums werden mit Hilfe des Risikomodells PRO unter Einsatz einer Vielzahl möglicher Zinsszenarien das Spektrum der Zinsausgaben und die entsprechenden Zinsänderungsrisiken abgeleitet. Die Eckpunkte des Verfahrens werden im Abschnitt 4.3.1 erläutert.

Strategische Eckpunkte

Auf Basis der Eckdaten der Verschuldung, der Erwartungen zur Wirtschafts- und Zinsentwicklung sowie des Spektrums der potenziellen Zinsausgaben werden zu Jahresbeginn regelmäßig die strategischen Eckpunkte für das Kredit- und Zinsmanagement erstellt:

- Der Finanzierungsschwerpunkt wurde auch in 2017 im Bereich der großvolumigen Wertpapiere im Laufzeitsegment von 2 bis 10 Jahren gesehen. Mit Blick auf die Unterlegung des großen Umfangs an bestehenden Zinssicherungen wurde planerisch ein hoher Anteil von Finanzierungen mit einer kurzen Zinsbindung von etwa 80% avisiert.
- Im Hinblick auf das Niedrigzinsumfeld und die geringe finanziellen Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts sollte die konservative Strategieausrichtung der letzten Jahre beibehalten werden. Hierzu zählte insbesondere die Fortsetzung der Zinssicherungsstrategie für 2022. Die Umsetzung sollte jeweils in etwa hälftig über den Einsatz von Zinsswaps und Zinskorridoren erfolgen.

3 Geschäftsabschlüsse 2017: Volumen und Struktur

3.1 Kredite

3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Kredite

Zur Deckung des Finanzbedarfs wurde der im Haushalt 2017 veranschlagte Kreditermächtigungsrahmen wie folgt in Anspruch genommen:

Ermächtigung	Soll 2017 (in Mio. €)	Ist 2017 (in Mio. €)
Anschlusskredite für fällige Altschulden gem. §2(1) HG 2017	3.049,1	2.932,5
Anschlusskredite für zusätzliche Tilgungen § 18 Abs.4 LHO (Umschuldungen)*	20,0	20,0
Finanzierungen im Rahmen der Marktpflege gem. § 18 Abs. 4 LHO *	100,0	100,0
Einnahmerest aus dem Vorjahr	50,0	0
Bruttokreditaufnahme (insgesamt)	3.219,1	3.052,5
Bruttokreditaufnahme (ohne Umschuldungen und Marktpflege)		2.932,5

Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2017, * Ermächtigung in Höhe der tatsächlich erforderlichen Beträge

Der im Haushalt 2017 vorgesehene Kreditermächtigungsrahmen (Soll 2017) ist um 166,6 Mio. € unterschritten worden. Davon wurden 50 Mio. € als Einnahmerest gebildet und in das Haushaltsjahr 2018 übertragen. Der Einnahmerest aus dem Haushaltsjahr 2016 i.H.v. 50 Mio. € wurde 2017 nicht beansprucht und in Abgang gestellt.

Im Hinblick auf die Abstimmung der Liquiditätsbeschaffung mit dem jeweiligen Haushaltsabschluss sind

- von den im Haushaltsjahr 2017 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 124,3 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2016 und
- von den im Haushaltsjahr 2018 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 467,2 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2017 umgebucht worden.

Für die nachfolgende Darstellung der Abschlussstruktur wird das tatsächlich im Kalenderjahr am Kreditmarkt finanzierte Volumen in Höhe von 2,71 Mrd. € zugrunde gelegt.

3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur

Vom Finanzierungsvolumen über insgesamt rd. 2,71 Mrd. € entfielen

- **rd. 2,68 Mrd. € oder 99% (2016: 58%) auf Festzinsdarlehen,**
- **rd. 0,03 Mrd. € oder 1% (2016: 42%) auf variabel verzinsliche Darlehen.**

Die mit den Nominalvolumina gewichtete **Durchschnittsrendite** der Festzinsdarlehen erreichte –trotz der insgesamt gestiegenen Kapitalmarktzinsen– mit 0,13% ein historisches Tief (2016: 0,19%). Ursächlich ist die Zusammensetzung der Finanzierungen in 2017 bestehend zum einen aus einem relativ hohen Anteil von über 50% an Kurzläufem mit negativer Rendite, zum anderen aus Darlehen mit Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren. Die **Durchschnittslaufzeit von 7,3 Jahren** verlängerte sich gegenüber dem Vorjahr moderat (2016: 6,9 Jahre). Darlehen mit einer variablen Verzinsung wurden vor dem Hintergrund des Negativzinsumfelds und der nachlassenden Investorennachfrage faktisch nicht abgeschlossen. Der angestrebte bzw. aufgrund der Zinssicherungsstrategie notwendige Anteil variabler Zinsverpflichtungen wurde durch den Einsatz von Finanzderivaten synthetisch erzeugt (Abschnitt 3.2).

Die Zinsausgaben werden in Schleswig-Holstein unter Kosten-Risiko-Aspekten durch das Zusammenspiel von Finanzierungen und Finanzderivaten gesteuert. Tragfähige Aussagen zum Kosten- und Risikoprofil der Verschuldung sind deshalb nur im Zusammenhang (vgl. Darstellung im Abschnitt 3.3) möglich.

3.1.3 Kreditarten und Gläubiger

Von den Gesamtab schlüssen im Kreditbereich entfielen

- **69,5% auf Wertpapieremissionen,**
- **30,5% auf Schuldscheindarlehen.**

Die Form der Finanzierung ist stark von der Nachfrage der unterschiedlichen Investorengruppen geprägt und damit Schwankungen unterworfen. Insgesamt haben Wertpapiere in Form von Landesschatzanweisungen seit der Finanzkrise als Finanzierungsinstrument aufgrund der höheren Liquidität deutlich an Bedeutung gewonnen. Das Land profitierte auch in 2017 von der hohen Attraktivität und der damit verbundenen Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen. Das Anleihekaufprogramm der EZB, das auch auf Länderanleihen ausgeweitet wurde, sorgte für einen stimulierenden Effekt.

Das **Schuldscheingeschäft** zeigte sich in 2017 deutlich umsatzstärker als im Vorjahr. Die Nachfrage in diesem Segment konzentrierte sich auf standardisierte Festsatzabschlüsse. Schwerpunkt mäßig wurden 4 bis 10jährige Laufzeiten begeben (566 Mio. €). Im überlangen Laufzeitsegment (>20 Jahre) wurde ein bemerkenswertes Volumen von 230 Mio. € platziert. Aus Sicht des Landes bieten die vergleichsweise kleinvolumigen Schuldscheindarlehen Vorteile bezüglich der Risikostreuung und der Flexibilität.

Jahr	Wertpapieranteil
2007	57,9%
2008	78,6%
2009	72,5%
2010	75,0%
2011	84,0%
2012	92,6%
2013	78,6%
2014	82,7%
2015	71,9%
2016	89,7%
2017	69,5%

Die Wertpapieremissionen von rd. 1,88 Mrd. € teilten sich auf in:

- 2 Emissionen des Landes SH
(zzgl. einer Aufstockung und Verkäufen aus Eigenbestand) rd. 1.434 Mio. €
- 2 Gemeinschaftsemissionen mit weiteren Ländern
(zzgl. einer Aufstockung) rd. 450 Mio. €

Die Begebung eigener Anleihen bildete mit Blick auf das realisierte Volumen auch in 2017 den Finanzierungsschwerpunkt. Es wurden zwei Schatzanweisungen des Landes Schleswig-Holstein über jeweils 500 Mio. € mit zwei- bzw. dreijähriger Laufzeit am Kapitalmarkt platziert. Eine bestehende Emission mit neunjähriger Restlaufzeit wurde um 350 Mio. € aufgestockt. Die Emissionen wurden jeweils nach der Markterkundung gezielt auf die Investorenbedürfnisse ausgerichtet und konnten mit entsprechender Marktakzeptanz zu guten Konditionen platziert werden.

Ein weiterer Teil der Wertpapiere wurde in Form der bewährten Gemeinschaftsemissionen („Länder-Jumbos“) begeben. In diesem Segment wurden zwei Anleihen über jeweils 1 Mrd. € (SH-Anteil jeweils 200 Mio. €) mit sieben- bzw. zehnjähriger Laufzeit platziert, eine weitere aufgestockt. Die bereits langjährige Strategie der Ländergemeinschaftsanleihen ist am Markt gut etabliert. Die durch die Agentur Fitch-Ratings bewerteten Länder-Jumbos erhielten jeweils die Bestnote „AAA“. Die durch die Ländergemeinschaft realisierten Zinskonditionen sind im Segment der Wertpapieremissionen der Bundesländer regelmäßig günstig.

3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs

Die Entscheidung über die zeitliche Verteilung der Kreditaufnahme hängt von dem Liquiditätsbedarf in den einzelnen Monaten und der Einschätzung der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen im Jahresverlauf ab. Es wird grundsätzlich angestrebt, die Darlehen möglichst in günstigen Kapitalmarktphasen aufzunehmen. Die Orientierung an der Investorennachfrage hat dabei grundsätzlich eine hohe Priorität. Eine Überbrückung der Liquiditätsspitzen erfolgt durch die kurzfristige Finanzierung am Geldmarkt.

Zu Beginn des Jahres wird vom Finanzministerium auf Basis des Haushaltssolls eine Liquiditätsplanung erstellt. Die Verteilung auf die Monate erfolgt auf Grundlage der Ist- Einnahmen und -Ausgaben der Vorjahre. Im Jahresverlauf werden die Planungen stetig überarbeitet und konkretisiert. Für eine gezielte Planung der Kreditfinanzierung ist regelmäßig ein Vorlauf von mehreren Monaten erforderlich.

Seitens der Investoren waren nach wie vor Landesschatzanweisungen vorzugsweise mit einem Volumen von mindestens 250 Mio. € gesucht. Folgende Aspekte sind im Hinblick auf die Finanzierungspraxis unter Liquiditätsaspekten in 2017 erwähnenswert:

- Durch die anhaltenden Negativzinsen wurden Geldmarktfinanzierungen belohnt bzw. –anlagen bestraft.
- Im Hinblick auf die Fälligkeitsstruktur bestanden Bedarfsspitzen in den Monaten April, Juli und Dezember.
- Aufgrund der günstigen Wirtschafts- und Steuerentwicklung bestand in der Tendenz grundsätzlich eine hohe Liquidität. Die Steuereinnahmen lagen schließlich im Gesamtjahr um 487 Mio. € über dem Soll.
- Erstmals wurden die Bestände der Sondervermögen über rd. 250 Mio. € im Rahmen der Liquiditätssteuerung für den Gesamthaushalt genutzt.

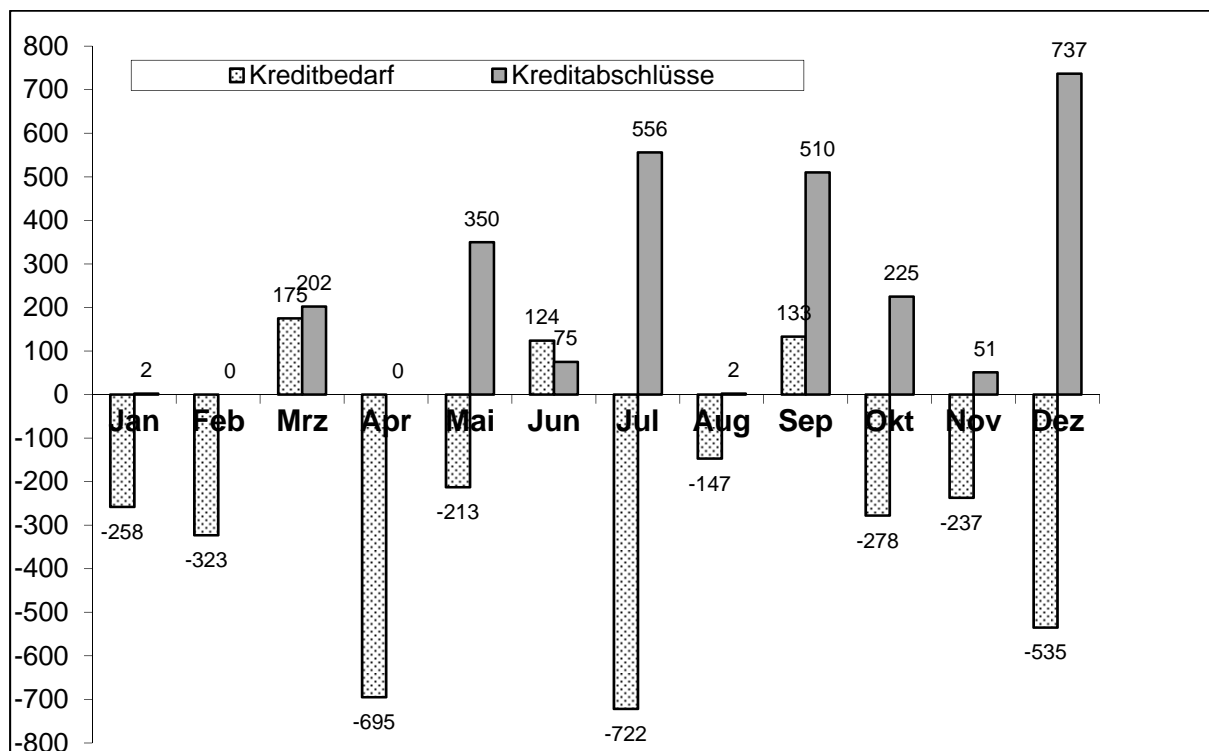


Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten 2017

In der Grafik wurden der Kreditbedarf entsprechend der ursprünglichen Liquiditätsplanung zu Beginn des Jahres und die getätigten Kreditabschlüsse einander gegenüber gestellt.

Es wird deutlich, dass sich die Kreditaufnahme in 2017 grundsätzlich am geplanten Bedarf orientiert hat. Nennenswert ist, dass die Finanzierungen mit zeitlicher Verzögerung erfolgt sind. So wurde in den ersten Monaten die Liquidität aus den Sondervermögen genutzt. In den Monaten Mai bis September wurde der Kassenkredit zeitweise gezielt beansprucht. Schließlich wurde ein beachtlicher Teil der Finanzierungen in Richtung Jahresende verschoben. Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass auch in 2017 die Liquidität zu jeder Zeit gewährleistet war.

3.2 Finanzderivate, Strategie der Zinssicherung

Das Kredit- und Zinsmanagement im Finanzministerium setzt im Rahmen der Kreditfinanzierung bereits seit 1992 Finanzderivate mit dem Ziel ein, Zinsänderungsrisiken zu begrenzen und Kreditkonditionen zu optimieren. Der Einsatz der Instrumente ist nachweislich erfolgreich.

Finanzderivate sind das zentrale Instrument zur zielorientierten Steuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten. So können die vereinbarten Zinsverpflichtungen aus der laufenden Kreditaufnahme und den bestehenden Altschulden auch nachträglich entsprechend den Erwartungen wirtschaftlich geändert werden. Ferner ist es möglich, bereits im Voraus die Verzinsung zukünftiger Anschlussfinanzierungen zu sichern.

3.2.1 Ermächtigungen Finanzderivate

Grundlage für den Einsatz von Finanzderivaten sind die Ermächtigungen in § 18 Abs. 6 LHO sowie in §§ 2 und 3 des Haushaltsgesetzes. Folgende Aspekte sind hervorzuheben:

- Im Rahmen der Kreditfinanzierung darf das Finanzministerium ergänzende derivative Finanzgeschäfte zur Optimierung der Kreditausgaben aus den Kreditmarktschulden und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken abschließen.

- Mit Blick auf die Strategie der Zinssicherung beträgt der Zeitrahmen für den Derivateinsatz für Anschlusskredite fünf Jahre nach Ablauf des Haushaltsjahres. Die umfangreichen Zinssicherungen basieren auf einem Kabinettsbeschluss vom Juni 2013.
- Zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken sind für das Haushaltsjahr sowie für die folgenden fünf Jahre auf Grundlage eines standardisierten Risiko-Zinsszenarios jährliche Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben sowie die darin enthaltenen Zinsänderungsrisiken abzuleiten und im Haushaltsgesetz auszuweisen.
- Die Zinsausgaben aus Finanzderivaten sind in die haushaltsgesetzlich definierten Plangrößen für die Zinsänderungsrisiken einzubeziehen.

3.2.2 Abschlüsse und Zielsetzungen

Im Jahr 2017 wurden Finanzderivate mit einem Volumen von insgesamt **3.260 Mio. €** abgeschlossen. In der nachfolgenden Abbildung sind die Abschlussvolumina, aufgeteilt nach Derivatarten und entsprechend den beiden haushaltsgesetzlichen Zielsetzungen „**Begrenzung von Zinsänderungsrisiken**“ und „**Optimierung der Kreditkonditionen**“, dargestellt:

	2017	2016
Abschlussvolumen insgesamt in Mio.€	3.260	2.465
Davon		
• Zinsswaps (unbedingte Zinsverpflichtungen)	1.860 (57%)	865 (35%)
• Zinsoptionen (bedingte Zinsverpflichtungen)	1.400 (43%)	1.600 (65%)
Zielsetzungen:		
• Optimierung der Kreditkonditionen (Swaps in variabel, Verkauf von Zinsoptionen)	1.860 (57%)	915 (37%)
• Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (Swaps in fest, Kauf von Zinsoptionen)	1.400 (43%)	1.550 (63%)

Abbildung 4: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate

Der Gesamtbestand der Finanzderivate entwickelte sich in 2017 wie folgt:

Bestand Finanzderivate per 31.12.16	30.290,2
Fälligkeiten in 2017	-3.700,0
Neugeschäfte	+3.260,0
Bestand per 31.12.17	<u>29.850,2</u>

Abbildung 5: Bestandsentwicklung Derivate in 2017

Wesentlicher Schwerpunkt des Einsatzes von Finanzderivaten war auch in 2017 die planmäßige Fortsetzung der Zinssicherungsstrategie. Zentrales Ziel der Strategie ist die Erhöhung der finanziellen Planungssicherheit im Bereich der Zinsausgaben unter Beachtung der Konsolidierungserfordernisse, der geringen Risikotragfähigkeit des Haushaltes und der weiteren finanziellen Risiken des Landes. So wurden bereits seit 2013 schrittweise große Teile der Zinsbelastungen aus den Anschlussfinanzierungen der Jahre 2015 bis 2022 durch den Einsatz standardisierter Zinsswaps und Zinsoptionen (Versicherungen in Form von Zinskorridoren) vorzeitig festgeschrieben. Abbildung 6 zeigt den Stand der Zinssicherungen der Anschlussfinanzierungen, die jeweils mindestens fünf Jahre umfassen, unter Berücksichtigung der in 2017 getätigten Neugeschäfte.

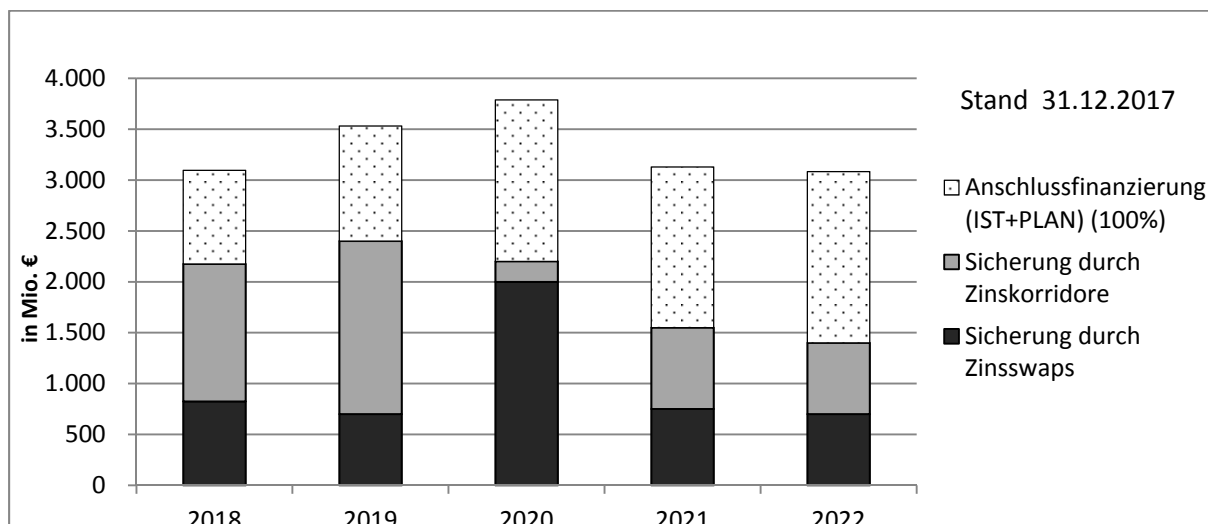


Abbildung 6: Umsetzung der Zinssicherungsstrategie

In 2017 wurde insgesamt ein Finanzierungsvolumen von 1,4 Mrd. € in 2022 zu gleichen Teilen durch Einsatz der standardisierten Instrumente Zinsswap und Zinskorridor (Swap-Optionen) gesichert (Derivatvolumen 2,1 Mrd. €). Aufgrund der relativ flachen Zinskurve im langfristigen Bereich wurden entsprechend lange Sicherungszeiträume vereinbart. Zusammenfassend beinhalten die Zinsswaps Festsatzvereinbarungen mit einem durchschnittlichen Satz von 1,63% für 8 Jahre sowie die Ober- und Untergrenzen der Zinskorridore im Durchschnitt 2,19% bzw. 1,18% für 10 Jahre. Für die Versicherungen wurden Prämien netto i.H.v. 3,5 Mio. € gezahlt.

Auf Grundlage der abgeschlossenen Festsatzfinanzierungen wurde der angestrebte Anteil der variablen Zinsverpflichtungen durch den Einsatz von Zinsswaps synthetisch erzeugt. Das entsprechende Volumen beträgt insgesamt 1,16 Mrd. € und dient im Kern der Unterlegung der in 2017 wirksam gewordenen Sicherungen. Darüber hinaus wurden die kurzlaufenden Finanzierungen in wesentlichen Teilen den Sicherungen zugeordnet. Insgesamt ist bemerkenswert, dass sich aufgrund der deutlich geringeren Finanzierungsbedarfe in den letzten Jahren im Vergleich zu den ursprünglichen Planzahlen der Anteil der Zinssicherungen an den Anschlussfinanzierungen erhöht hat.

Die **Abschlussvolumina für die Derivatarten im Zeitraum 2008 – 2017** und die **Entwicklung des Gesamtbestandes** sind in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt. Dabei werden die Anstiege im Zuge der Zinssicherungen ab 2013 deutlich.

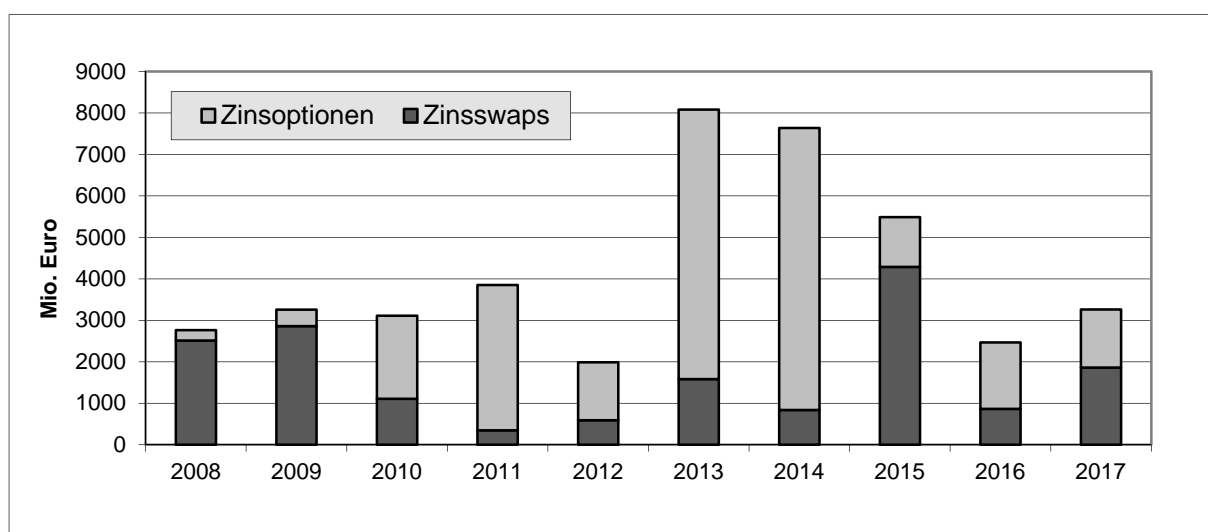


Abbildung 7: Entwicklung Abschlussvolumen Finanzderivate 2008-2017

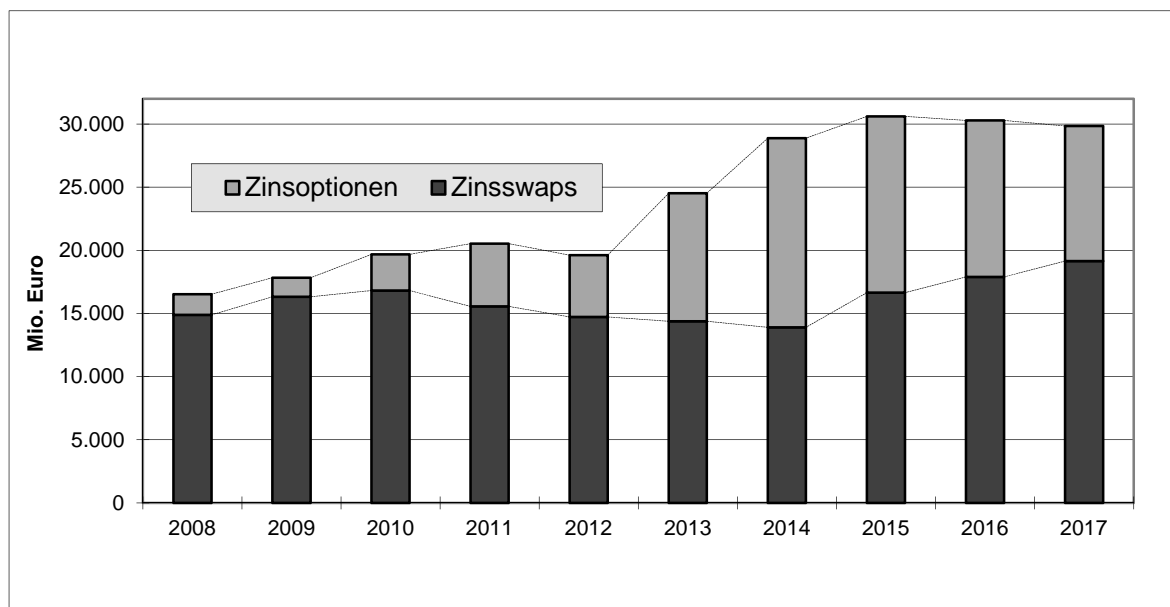


Abbildung 8: Vertragsbestand Finanzderivate per Stichtag 31.12.

3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen

Auf Basis der Voten zu den Bemerkungen 2000 des LRH (Drucksache 15/436) stellt das Finanzministerium im Jahresbericht die Höhe der vorzeitig aufgelösten Derivatgeschäfte und die zeitliche Verteilung der Zahlungen auf die einzelnen Haushaltsjahre gesondert dar.

In 2017 wurde kein Finanzderivat vorzeitig aufgelöst.

3.3 Kosten-Risiko-Struktur der Kredite und Finanzderivate

Eine Gesamtbeurteilung der Kosten-Risiko-Struktur ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten sinnvoll und aussagekräftig.

Mit Bezug auf das **gesamte Finanzierungsvolumen des Jahres 2017 von 2,71 Mrd. €** verändert sich die Zinsbindungs- bzw. Kosten-Risiko-Struktur durch den Einsatz der Finanzderivate wie folgt:

- variabel verzinslicher Anteil von 8,5% (ohne Finanzderivate 1%),
- Verkürzung der Laufzeit der Festsatzverpflichtungen auf 5,7 Jahre (ohne Finanzderivate 7,3 Jahre),
- deutlich höhere Festsatzrendite von 1,58% (ohne Finanzderivate 0,13%).

Die Auswirkungen auf die Kosten-Risiko-Struktur stehen im Zusammenhang mit der konservativen Finanzierungsstrategie des Landes, insbesondere mit den umfänglichen Sicherungsmaßnahmen im Derivatbereich. Die mit mehreren Jahren Vorlauf abgeschlossenen, wirksam werdenden Sicherungen beinhalten eine feste Zinsbindung, eine mittlere Laufzeit und –im Trend sinkender Zinsen– eine vergleichsweise hohe Rendite. Zudem hat sich der Finanzierungsbedarf in den letzten Jahren im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen deutlich reduziert (für 2017 um insgesamt rd. 1 Mrd. €).

Folgende Aspekte sind hervorzuheben:

- Der Anteil der Zinssicherungen am Finanzierungsvolumen betrug in 2017 fast 75%. Somit bestand nur ein vergleichsweise geringer Spielraum zur Steuerung der Kosten-Risiko-Struktur in der kurzen Frist.

- Auf Basis der bestehenden Zinssicherungen wurde mit rd. 55% ein großer Anteil kurzlaufender Finanzierungen mit einer negativen Rendite abgeschlossen. Ausgehend von einer damit verbundenen, außerordentlich niedrigen Durchschnittsrendite errechnet sich aufgrund der wirksam werdenden Sicherungen ein starker Anstieg um 1,45%-Punkte auf 1,58% (2016: Anstieg um 0,73%-Punkte auf 0,92%).

Im Gesamtzusammenhang ist hervorzuheben, dass die Zinsbindung der Finanzierungen der letzten Jahre im Zuge der anhaltenden Niedrigzinsphase und mit Blick auf die mittel- bis langfristige Begrenzung des Zinsausgabenpotenzials verkürzt worden ist. So lag der variabel verzinsliche Anteil in 2014 und 2015 bei 35% bzw. 25%. In 2016 und 2017 wurden mit rd. 30% bzw. 37% große Anteile mit fester Verzinsung im Laufzeitsegment bis zu drei Jahren abgeschlossen. Durch die gezielte Ausgestaltung der Finanzierungsstrategie kann somit ein Teil der sicherungsbedingten Mehrkosten kompensiert werden.

Die planerischen Eckwerte zu Jahresbeginn 2017 (Abschnitt 2.2) zur Finanzierung (Wertpapiere mit Laufzeit im Kern vier bis zehn Jahre, großer Anteil von Verpflichtungen mit kurzer Zinsbindung) sowie zur Kosten- und Risiko-Struktur der Verzinsung (Fortführung Zinssicherungen für das Jahr 2022) sind umgesetzt worden.

4 Entwicklung der Zinsausgaben, Kennzahlen

Für die Portfoliosteuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten sind zwei Bezugsgrößen maßgeblich. Zum einen gelten die im jeweiligen Haushaltsgesetz (§ 2, Abs. 4) verankerten Plangrößen für die Zinsausgaben und die darin enthaltenen Zinsänderungsrisiken für das laufende Haushaltsjahr sowie für die fünf folgenden Jahre. Zum anderen werden die tatsächlichen Zinsausgaben wirtschaftlichen Vergleichsgrößen gegenübergestellt. Eine ausführliche Darstellung enthalten die „Zusätzlichen Erläuterungen zum Kapitel 1116“. Die im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements zu berücksichtigenden Risiken sind in Abschnitt 4.3 beschrieben.

Grundsätzlich ist das Kredit- und Zinsmanagement im Haushaltsvollzug von der dynamischen Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung geprägt. Bei der Würdigung der Soll-Ist- bzw. Wirtschaftlichkeitsvergleiche ist zu berücksichtigen, dass die Erstellung der planerischen Grundlagen mit großem zeitlichem Vorlauf und unter entsprechend hoher Unsicherheit erfolgt. Die Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Zahlen können deshalb beträchtliche Größenordnungen erreichen. Das Zahlenmaterial für den Haushalt 2017 wurde zuletzt im Rahmen des 2. Nachtrages im Juli 2017 aktualisiert.

4.1 Haushalt 2017

Die haushaltsmäßigen Zinsausgaben (Maßnahmengruppen 01 und 02 im Kapitel 1116) in 2017 betragen 493,4 Mio. € und unterschritten damit das Haushalts-Soll von 526,4 Mio. € um 33 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Zinsausgaben noch einmal deutlich um 96 Mio. € (2016: 589,7 Mio. €). Ursächlich für diese sehr positive Entwicklung waren das anhaltend niedrige Zinsniveau sowie die darauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements. Die Zinsentwicklung wird grundsätzlich insbesondere durch den Anteil der variablen Zinsverpflichtungen (knapp 20% der Gesamtverschuldung) sowie im Zuge der Umschuldungen ausgabewirksam.

4.2 Wirtschaftlichkeitsvergleich

Zur Betrachtung der Wirtschaftlichkeit werden die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten den Zinsausgaben eines vorgegebenen Referenz-Portfolios gegenüber gestellt.

Die gesamten Zinsausgaben des Ist- und Plan-Portfolios beziehen sich auf die am Kapitalmarkt finanzierten Kredite und Finanzderivate (Maßnahmegruppe 01 und 02 im Kapitel 1116) inklusive Rücklagenbewegungen. Das Referenz-Portfolio enthält ausschließlich Festsatzdarlehen mit einer Laufzeit zwischen 1 und 10 Jahren, die entsprechend der Fälligkeiten zu Marktkonditionen refinanziert werden. Die Durchschnittslaufzeit beträgt hierbei gut 7 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindung des Referenz-Portfolios beträgt 4,72 Jahre.

	Soll 2017	Ist 2017
Zinsausgaben Referenz-Portfolio in Mio. €	552	535
Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio in Mio. €	526	493
Wirtschaftlichkeitsvorteil 2017	26	42

Abbildung 9: Wirtschaftlichkeitsvorteil 2017

Für 2017 ergibt sich ein Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von 42 Mio. € (2016: 26 Mio. €). Die ursprüngliche Planzahl von 26 Mio. € wurde deutlich überschritten. Die wesentliche Ursache liegt in dem Abschluss mehrerer, großvolumiger Anleihen im kurzen Laufzeitsegment (1,5 bis 3 Jahre), die aufgrund des Niedrigzinsumfeldes mit einem hohen Kuponaufschlag und einem entsprechenden Aufgeld (Agio) ausgestattet waren. Zudem wurden aufgrund der Marktlage im Rahmen der Zinssicherungsstrategie weniger Zinskorridore (Swaptionen, für die Prämien zu zahlen sind) abgeschlossen als ursprünglich geplant.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Vergleichsergebnisse der vergangenen 10 Jahre. Diese waren durchgängig positiv und betragen im Durchschnitt gut 50 Mio. € p.a.. Damit wird deutlich, dass durch das Kredit- und Zinsmanagement auf Basis einer konservativen Strategieausrichtung die Marktentwicklung unter Beachtung der Zinsänderungsrisiken regelmäßig genutzt werden konnte.

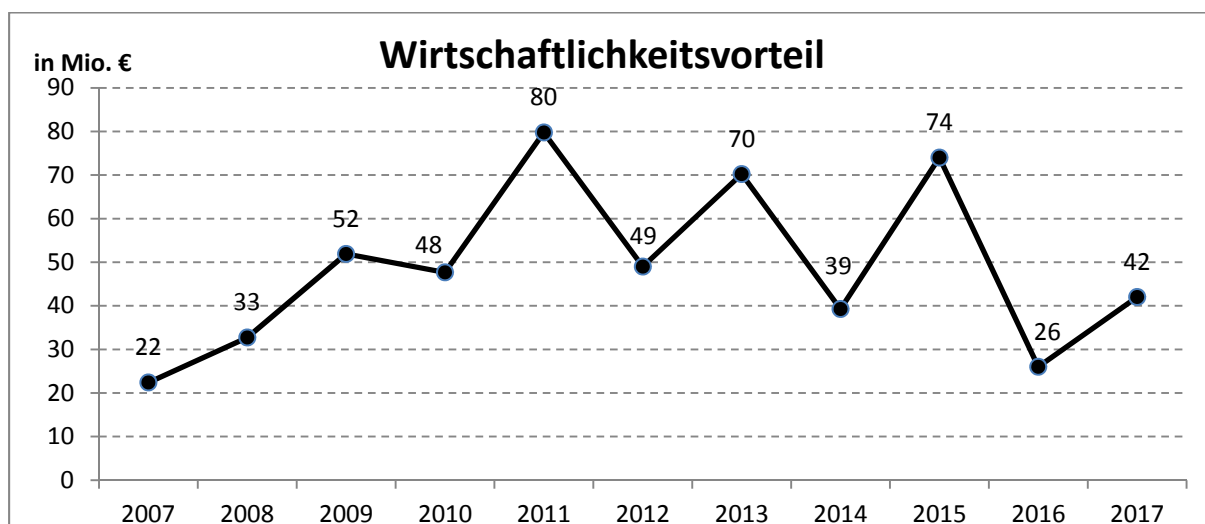


Abbildung 10: Wirtschaftlichkeitsvorteil 2007-2017

4.3 Entwicklung der Risiken

Das Finanzministerium orientiert sich bei der Steuerung der Risiken des Kredit- und Zinsmanagements grundsätzlich an den Regelungen der Bankenaufsicht. Danach werden die drei wesentlichen Risikokategorien unterschieden:

- Zinsänderungsrisiken,
- Kreditrisiken aus Finanzderivaten,
- Operationelle Risiken.

Unter Berücksichtigung der besonderen Zielsetzung der öffentlichen Hand werden im Finanzministerium Verfahren zur Steuerung und Begrenzung der Risiken eingesetzt.

4.3.1 Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken sind angesichts der Höhe der Verschuldung für die Finanzpolitik des Landes von zentraler Bedeutung. Die gezielte Steuerung der Zinsänderungsrisiken unter Einsatz der entsprechenden Verfahren ist eine Kernaufgabe des Kredit- und Zinsmanagements im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Zinsänderungsrisiken bestehen grundsätzlich, weil die künftige Zinsentwicklung nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden kann. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein beinhalten Zinsänderungsrisiken potenzielle Mehrausgaben, die aus einem unerwarteten Anstieg der Kreditmarktzinsen resultieren. Konkret ergeben sich Zinsänderungsrisiken aus unsicheren Zinszahlungen aus den bestehenden Krediten und Finanzderivaten (Ist-Portfolio) und den gesamten Zinszahlungen der geplanten Geschäfte (Plan-Portfolio). Mit dem Zeithorizont steigt bei sonst gleichbleibenden Bedingungen aufgrund der zunehmenden Unsicherheit das Zinsänderungsrisikopotenzial. Im zeitlichen Verlauf des Haushaltsvollzuges reduziert sich das Risikopotenzial hingegen, weil die unsicheren Zahlungen durch Zinsfeststellungen und getätigte Abschlüsse mit einer festen Zinsbindung konkretisiert werden.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein, d.h. die geringe Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts sowie die erhöhte Verbindlichkeit und der verlängerte Betrachtungshorizont der Planungen im Zuge der Konsolidierungserfordernisse der Schuldenbremse haben zu einer Weiterentwicklung der Verfahren zur Zinsausgabensteuerung im Finanzministerium geführt. Seit dem Haushalt 2016 wird insbesondere ein erweitertes wissenschaftliches Verfahren zur Risikosteuerung eingesetzt. Die Eckpunkte des Verfahrens sind in den „Zusätzlichen Erläuterungen“ zum Haushalt beschrieben.

Zentrale Bezugsgröße für die Steuerung und Begrenzung der Zinsänderungsrisiken in Schleswig-Holstein sind die haushaltsgesetzlich verankerten sog. Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben (§ 2 Abs. 4 HG). Hierin enthalten sind die anteiligen Zinsänderungsrisiken, die ebenfalls im Haushaltsgesetz ausgewiesen werden. Die Plangrößen umfassen –über den jeweiligen Haushalt hinausgehend- einen Zeithorizont von fünf weiteren Jahren.

Für den Haushalt 2017 waren neben dem Ansatz folgende Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben und die darin enthaltenen Zinsänderungsrisiken relevant:

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Zinsausgaben in Mio. €	526	589	620	680	725	729
Zinsänderungsrisiken in Mio. €	3	60	75	85	95	100

Abbildung 11: Veranschlagte Zinsausgaben, Plangrößen § 2 (4) HG 2017 (2.NT)

Die im Haushalt 2017 ausgewiesenen Plangrößen wurden entsprechend der Ermächtigung im Haushaltsvollzug 2017 auf Basis der veranschlagten Zinsausgaben eingehalten sowie im Rahmen der Planung und Steuerung der Zinsausgaben in den Folgejahren bis einschließlich 2022 entsprechend berücksichtigt.

4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten

Der Einsatz von Finanzderivaten ist in Schleswig-Holstein ein zentraler Bestandteil der zielorientierten Zinsausgabensteuerung und insbesondere ein unverzichtbares Instrument zur Umsetzung der Zinssicherungsstrategie. Das Land nimmt angesichts der ausstehenden Forderungen aus Zinszahlungen auch eine Gläubigerposition ein und trägt damit ein entsprechendes Ausfallrisiko (Kreditrisiko).

Auf Basis eines Konzepts zur beidseitigen Besicherung der Kreditrisiken wurden im Rahmen der Implementierung der Zinssicherungsstrategie seit 2013 schrittweise sogenannte Collateralverträge mit den Derivatkontrahenten abgeschlossen. Ab Ende 2016 wurde aufgrund neuer regulatorischer Erfordernisse schrittweise ein neuer Besicherungsstandard eingeführt. Dieser beinhaltet insbesondere den täglichen Ausgleich von Barsicherheiten, den Verzicht auf einseitige Freibeträge und die Berücksichtigung einer marktbedingten Negativverzinsung.

Im Zuge der Umstellung der bestehenden Besicherungen konnte in 2017 die Anzahl der Marktpartner auf 19 erhöht werden. Insgesamt war Ende 2017 mit 98% nahezu das gesamte Nominalvolumen des Landes im derivativen Bereich besichert, davon 70% nach dem neuen Standard. Das ungesicherte Restvolumen von 2% verteilt sich auf 6 Partner, mit denen bislang keine wirtschaftliche Einigung erzielt werden konnte oder deren Besicherung aufgrund einer staatlichen Haftung als nicht erforderlich anzusehen ist.

4.3.3 Operationelle Risiken

In Anlehnung an die Regelungen der Bankenaufsicht (Basel) bestehen als weitere wesentliche Risikokategorie operationelle Risiken als **Gefahr von Verlusten in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen**.

Zur Begrenzung der operationellen Risiken im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ sind die Funktionstrennung der Teilbereiche „Kredit- und Zinsmanagement“ und „Schulden- und Derivatverwaltung“ durch eine entsprechende Abgrenzung der Aufgaben im Geschäftsverteilungsplan und das Vier-Augen-Prinzip durchgehend umgesetzt. Ferner wird zur Erfassung konkreter Geschäftsvorfälle und zur Steuerung der operationellen Risiken eine sog. Ereignisdatenbank eingesetzt.

Im Finanzministerium wurde entsprechend der Vorgabe des Finanzausschusses (Drucksache 15/2985 i. V. m. Umdruck 15/4855) mit den „Richtlinien für die Ergebnis-Risiko-Steuerung des Aufgabenbereichs Kredite, Finanzderivate, Schulden“ bereits in 2005 ein umfassendes Regelwerk für das Kredit- und Zinsmanagement erarbeitet und mit dem Landesrechnungshof abgestimmt. Die Richtlinien beinhalten die beim Land eingesetzten Verfahren zur Steuerung der Ergebnisse und der wesentlichen Risikokategorien. Sie werden fortlaufend aktualisiert.

5 Entwicklung der Schuldverpflichtungen

Der folgende Abschnitt enthält eine zusammenfassende Darstellung mit den wesentlichen Eckdaten der Gesamtverschuldung des Landes. Die Betrachtung der Schuldverpflichtungen umfasst sowohl die Finanzierungen mit unmittelbarem Marktbezug (Kreditmarktschulden) als auch die Verschuldung im öffentlichen Bereich, insgesamt somit die sog. fundierten Schulden. Ziel ist es, die Schulden des Länderkernhaushaltes analog zu der Veröffentlichung der Schulden öffentlicher Haushalte durch das Statistische Bundesamt (Finanzen und Steuern – Fachserie 14 Reihe 5) stichtagsbezogen zum Ende des Kalenderjahres darzustellen.

5.1 Entwicklung der fundierten Schulden

In der nach der Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Staatlichen Haushalte üblichen Abgrenzung (Stichtag 31.12.) hat sich der Schuldenstand der fundierten Schulden in Schleswig-Holstein von 26,43 Mrd. € um 0,46 Mrd. € auf 25,97 Mrd. € verringert. Dies entspricht einer Reduktion um 1,75% (2016: Reduktion um 1,92%). Der überwiegende Teil der Schulden wurde am Kreditmarkt finanziert. Im Jahr 2017 wurden neun Darlehen beim Bund außerplanmäßig getilgt. Auf die Schulden bei den öffentlichen Haushalten (Bund) entfällt dadurch mit 0,09 Mio. € nur noch ein sehr kleiner Anteil, der entsprechend der planmäßigen Tilgung weiter rückläufig ist.

SCHULDENSTRUKTUR 01.01.2017 bis 31.12.2017				
Schuldenarten	Stand am 31.12.2016 Euro	Aufnahmen + Zugänge 01.01. bis 31.12.2017 Euro	Tilgungen + Abgänge 01.01. bis 31.12.2017 Euro	Stand am 31.12.2017 Euro
1. Wertpapierschulden				
Landesschatzanweisungen Euro	16.032.568.788	1.883.578.246	2.100.000.000	15.816.147.034
Landesschatzanweisungen Fremdwährung	170.427.024	-	-	170.427.024
Summe 1. Wertpapierschulden	16.202.995.812	1.883.578.246	2.100.000.000	15.986.574.058
2. Schuldschein- und Vertragsdarlehen				
Kreditinstitute	4.171.541.389	1.040.624.211	1.791.510.503	3.420.655.097
Sonstiger Inländischer Bereich	5.874.620.313	431.000.000	578.180.670	5.727.439.643
Sonstiger ausländischer Bereich	27.000.000	100.000.000	15.000.000	112.000.000
Sonstiger öffentlicher Bereich	150.000.000	600.000.000	30.000.000	720.000.000
Summe 2. Schuldschein- und Vertragsdarlehen	10.223.161.702	2.171.624.211	2.414.691.173	9.980.094.740
Summe 1. + 2. = Kreditmarktschulden	26.426.157.514	4.055.202.457	4.514.691.173	25.966.668.798
3. Schulden bei öffentlichen Haushalten				
Bund (Wohnungsbau / Sonstige)	2.647.827	-	2.558.076	89.751
Summe 3. Schulden beim Bund	2.647.827	-	2.558.076	89.751
Summe 1. + 2. + 3. = Schulden gesamt (= "Fundierte Schulden")	26.428.805.341	4.055.202.457	4.517.249.249	25.966.758.549

Abbildung 12: Veränderung der Schuldenstruktur 2017

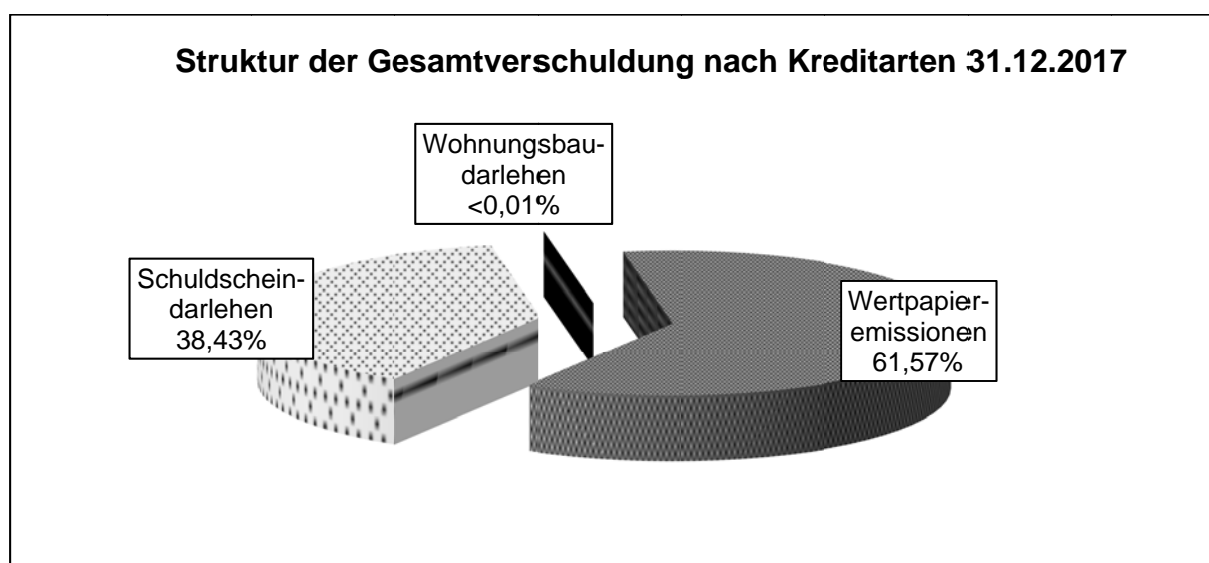


Abbildung 13: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten

Der folgende Abschnitt zeigt, wie das statistische Bundesamt die finanzpolitisch wichtige Kennzahl „**Schulden je Einwohner**“ errechnet. Die ausführliche Darstellung dient dazu, die vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen nachzuvollziehen.

Berechnungsgrundlage ist die Größe „Schulden des Länderkernhaushaltes im nicht-öffentlichen Bereich“, eine Teilgröße der fundierten Schulden zuzüglich Kassenkredite und erhaltene Barsicherheiten von Kreditinstituten (vgl. Abbildung 14). Die fundierten Schulden entsprechen in der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes den Schulden des Länderkernhaushaltes im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich ohne Kassenkredite und erhaltene Barsicherheiten (vgl. Fachserie 14 Reihe 5 des Statistischen Bundesamtes „Schulden der öffentlichen Haushalte“).

Stand jeweils auf den 31.12.	2015	2016	2017
Fundierte Schulden	26.952.940.352	26.428.805.341	25.966.758.549
abzüglich (2.) Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim sonstigen öffentlichen Bereich	70.000.000	150.000.000	720.000.000
abzüglich (3.) Schulden beim Bund	242.114.931	2.647.827	89.751
plus Kassenkredite im nicht-öffentlichen Bereich	0	0	200.000.000
plus erhaltene Barsicherheiten ^{*)}	197.000.000	224.600.000	230.600.000
Schulden des Länderkernhaushaltes beim nicht-öffentlichen Bereich	26.837.825.421	26.500.757.514	25.677.268.798

^{*)} Erhaltene Barsicherheiten von Kreditinstituten. Demgegenüber stehen geleistete Barsicherheiten i. H. v. 283,6 Mio. EUR (2015), 403,8 Mio. EUR (2016) und 387,2 Mio. EUR (2017), die in der Vermögensübersicht des jeweiligen Stichtages ausgewiesen werden.

Abbildung 14: Entwicklung der Schulden des Länderkernhaushaltes beim nichtöffentlichen Bereich

Bezugsgröße für die Berechnung der **Schulden je Einwohner** ist die Einwohnerzahl per 30.06. des abgelaufenen Berichtsjahres (VJ) – Quelle: <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/bevoelkerung/monatszahlen>. Die Entwicklung der sogenannten Pro-Kopf-Verschuldung für die Jahre 2015 bis 2017 ist in Abbildung 15 dargestellt.

	Stand 31.12.2015 Euro	Stand 31.12.2016 Euro	Stand 31.12.2017 Euro
Schulden des LänderkernHH beim nicht-öffentl. Bereich	26.837.825.421	26.500.757.514	25.677.268.798
Einwohnerzahl SH (30.06.VJ) (*) 31.12.15 weil 30.06.16 nicht verfügbar war	2.841.016	2.858.714*	2.886.888
Pro-Kopf-Verschuldung	9.447	9.270	8.894
nachrichtlich:			
Entwicklung Fundierte Schulden	26.952.940.352	26.428.805.341	25.966.758.549
Einwohnerzahl SH (31.12.)	2.841.016	2.858.714*	2.886.888
(*) 31.12.15 weil 3.06.16 nicht verfügbar war			
Pro-Kopf-Verschuldung	9.487	9.245	8.995

Abbildung 15: Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung

5.2 Entwicklung der Kreditmarktschulden

Zu den Kreditmarktschulden zählen Wertpapiersschulden (ohne Wertpapiere des Landes im Eigenbestand) sowie Schuldschein- und Vertragsdarlehen. Nicht einbezogen sind Schulden

bei öffentlichen Haushalten, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Kassenverstärkungskredite und Barsicherheiten sowie Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen.

Der Anteil der Wertpapierschulden am Vertragsbestand der Kreditmarktschulden hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen (siehe Ziffer 3.1). Am Ende des Berichtsjahres betrug der Anteil der Wertpapierschulden an den Kreditmarktschulden 61,56 % (2016: 61,32%).

	2014 in vollen Euro	2015 in vollen Euro	2016 in vollen Euro	2017 in vollen Euro
Summe Kreditmarkt- schulden	26.844.860.540	26.710.825.421	26.426.157.514	25.966.668.798
davon				
Wertpapierschulden	14.529.777.112	14.911.039.388	16.202.995.812	15.986.574.058
Anteil an den Kreditmarkt- schulden in %	54,12%	55,82%	61,32%	61,56%
Schuldschein- /Vertragsdarlehen	12.315.083.429	11.799.786.033	10.223.161.702	9.980.094.740
Anteil an den Kreditmarkt- schulden in %	45,88%	44,18%	38,68%	38,43%

Abbildung 16: Entwicklung der Kreditmarktschulden 2014-2017

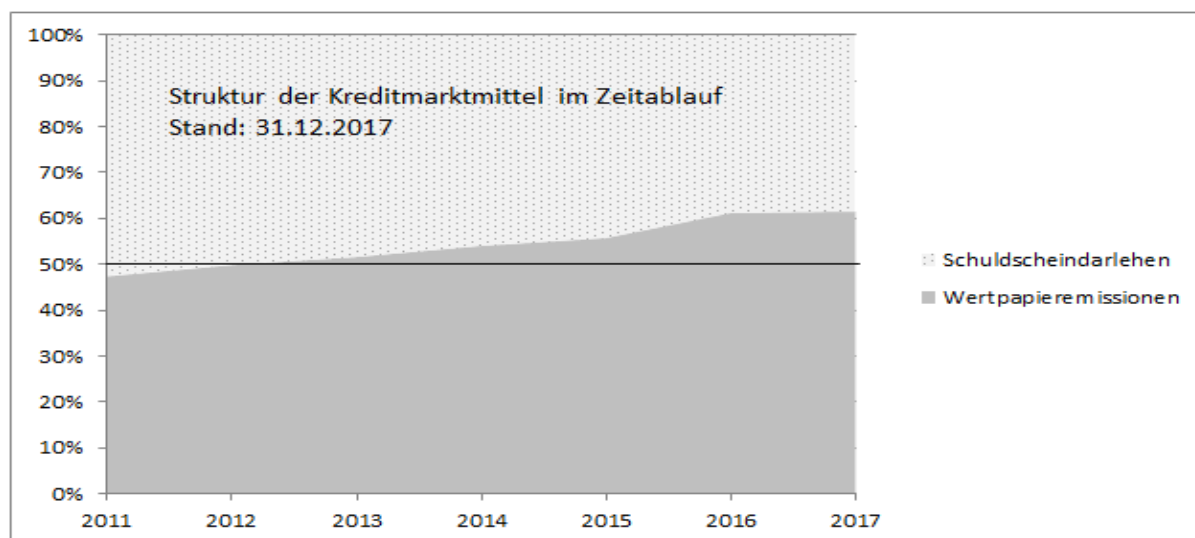


Abbildung 17: Struktur der Kreditmarktschulden 2011-2017

5.3 Struktur der Wertpapierschulden

Die Wertpapierschulden lassen sich in verschiedene Ausgestaltungsformen einteilen. Bei 75,1% der Wertpapierschulden trat das Land Schleswig-Holstein als Alleinemittent auf. Der Anteil der festverzinslichen Euro-Landesschatzanweisungen lag am Ende des Berichtsjahres mit 31,4% etwas über dem Vorjahresanteil (2016: 25,3%). Der Anteil der variabel verzinslichen Euro Landesschatzanweisungen hat sich auf 43,6% (2016: 48,9%) vermindert. Das Marktsegment der Euro-Gemeinschaftsemissionen (inklusive der bislang einzigen Bundesländer-Anleihe), die bislang ausschließlich eine feste Verzinsung tragen, ist für das Land mit einem Anteil von 23,9% (2016: 24,8%) sehr bedeutend.

	2014 in vollen Euro	2015 in vollen Euro	2016 in vollen Euro	2017 in vollen Euro
Entwicklung Wertpapierschulden	14.529.777.112	14.911.039.388	16.202.995.812	15.986.574.058
Euro - LSA SH - Festsatz	4.647.225.088	3.987.862.364	4.092.318.788	5.025.897.034
Euro - LSA SH - variabler Zinssatz	5.475.000.000	6.525.000.000	7.925.000.000	6.975.000.000
Fremdwährung - LSA SH - Festsatz	170.427.024	170.427.024	170.427.024	170.427.024
Fremdwährung - LSA SH - var. Zinssatz	-	-	-	-
Euro - Gemeinschaftsemissionen - Festsatz	4.237.125.000	4.227.750.000	4.015.250.000	3.815.250.000
Euro - Gemeinschaftsemissionen - var. Zinssatz	-	-	-	-
Stückzahlen	77 Stück	74 Stück	72 Stück	64 Stück

Abbildung 18: Entwicklung Wertpapierschulden 2014-2017

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Eigenbestand an Wertpapieren, den das Land zu Zwecken der Marktpflege hält. Das Verfahren zur Unterstützung des regelmäßigen Kapitalmarktauftritts hat sich langjährig bewährt und wird in Kooperation mit der Bundesbank durchgeführt. Ergänzend wurden bis einschließlich 2017 die Eigenbestände zur Anlage der Mittel der Versorgungsrücklagen Schleswig-Holsteins und anderer Länder genutzt. Zum Ende des Berichtsjahres 2017 wurde bei 9 Emissionen ein Wertpapiereigenbestand von insgesamt rd. 65 Mio. € ausgewiesen.

Entwicklung	2014 Euro	2015 Euro	2016 Euro	2017 Euro
Wertpapier-Eigenbestand	153.774.912	63.137.636	48.681.212	65.102.966

Abbildung 19: Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2014-2017

5.4 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden

Die nachstehende Grafik zeigt die Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden des Landes per Ende des Haushaltsjahres 2016 und deren Veränderung durch die Abschlüsse im Haushaltsjahr 2017. Das Finanzministerium hat 33 % der Finanzierungen im Kernspektrum von 7-10 Jahren abgeschlossen. Um Tilgungslucken zu schließen und das Spektrum der Negativzinsen auf Basis der bestehenden Zinssicherungen zu nutzen, wurde mit rd. 55 % der größte Anteil im Laufzeitband von 2-4 Jahren umgesetzt. Der Restanteil von rd. 11 % beinhaltet Schuldscheindarlehen mit überlangen Laufzeiten ab 25 Jahren, die zeitgleich durch kongruente Zinsswaps in eine variable Verzinsung ergänzt wurden (Ziff. 3.2.2).

Insgesamt ist durch die vereinbarten Laufzeiten der Finanzierungen in 2017 die angestrebte Verstetigung der Fälligkeitsstruktur unter Nutzung der Marktbedingungen umgesetzt worden. Die Durchschnittslaufzeit aller Finanzierungen in 2017 beträgt 7,3 Jahre. Durch die weiteren Abschlüsse in den nächsten Jahren werden die aktuell noch niedrigen Tilgungsvolumina ab dem Jahr 2025 sukzessive aufgefüllt.

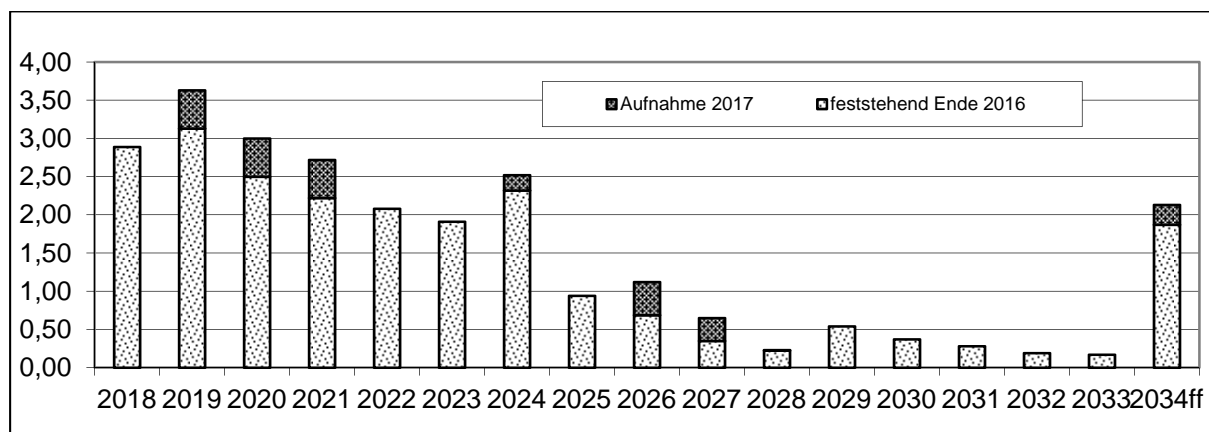


Abbildung 20: Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden per 31.12.2017

5.5 Struktur der Verzinsung

Das Finanzministerium betreibt im Rahmen des Portfoliokonzepts eine gezielte Steuerung der gesamten Zinsausgaben aus Krediten und Finanzderivaten unter Kosten-Risiko-Aspekten. Seit Jahren werden die wesentlichen Kennziffern zur Charakterisierung der Verzinsungsstruktur des Landes veröffentlicht. Mit Bezug auf die gesamten Kreditmarktschulden in Höhe von rd. 26,0 Mrd. € zum Jahresende 2017 ergeben sich im Vergleich folgende Aussagen:

- Der Bestand der Kreditmarktschulden zum 31.12.2017 teilte sich auf in 70% (2016: 67%) festverzinsliche und 30% (2016: 33%) variabel verzinsliche Verpflichtungen. Unter Berücksichtigung der Derivate (ohne Sicherungsderivate mit zukünftigem Startzeitpunkt) erhöhte sich der feste Anteil leicht auf 84% (2016: 79%).
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes blieb mit 5,57 Jahren im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (2016: 5,56 Jahre). Die Neugeschäfte in 2017 wurden mit durchschnittlich 5,7 Jahren abgeschlossen.
- Die durchschnittliche Zinsbindungsdauer, die Laufzeit- und die Verzinsungsstruktur in einer Größe kombiniert sowie die Finanzderivate (ohne Sicherungsgeschäfte mit zukünftigem Startzeitpunkt) berücksichtigt, erhöhte sich leicht auf 4,4 Jahre zum Jahresende 2017 (2016: 4,31 Jahre).

Die Kennzahlen bringen die umfangreichen Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur mittel- bis langfristigen Optimierung der Zinskostenstruktur zum Ausdruck. Im Umfeld historischer Niedrigzinsen wurde mit Bezug auf die geringe Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts auch in 2017 – wie bereits in den letzten Jahren – eine konservative Finanzierungsstrategie mit einer tendenziell längeren Kapital- bzw. Zinsbindung umgesetzt. Insgesamt stellt sich die Kosten-Risiko-Struktur der Verzinsung unter Berücksichtigung der finanziellen Risikotragfähigkeit des Landeshaushaltes in einem ausgewogenen, nachhaltig stabilen Verhältnis dar.

Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein

Schuldenstand

Der Schuldenstand entsprechend der Jahresschuldenstatistik zum Stichtag 31.12.2017

1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	25.966,67 Mio. €
davon	
1.1 Wertpapierschulden*)	
Landesschatzanweisungen (Euro)	15.816,15 Mio. €
Landesschatzanweisungen (Fremdwährung)	170,43 Mio. €
1.2 Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim nichtöffentlichen Bereich	
bei Kreditinstituten	3.420,66 Mio. €
beim sonstigen inländischen Bereich	5.727,44 Mio. €
beim sonstigen ausländischen Bereich	112,00 Mio. €
1.3 Schuldschein- und Vertragsdarlehen beim öffentlichen Bereich	
bei Ländern	500,00 Mio. €
beim sonstigen inländischen Bereich	220,00 Mio. €
 2. Schulden bei öffentlichen Haushalten beim Bund (Wohnungsbau und Sonstige)	 0,09 Mio. €

Fundierte Schulden am 31.12.2017 **25.966,76 Mio. €**

**Die fundierten Schulden am Ende des
Haushaltsjahres 2017** betragen in Abgrenzung
zum Schuldenstand lt. Jahresschuldenstatistik **26.433,99 Mio. €**

abzüglich
Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2017
mit einer Valuta im Jahr 2018 467,23 Mio. €

25.966,76 Mio. €

*) Schuldenstand um den Eigenbesitz des Landes an Wertpapieren (Schatzanweisungen)
in Höhe von 65,10 Mio. € vermindert.